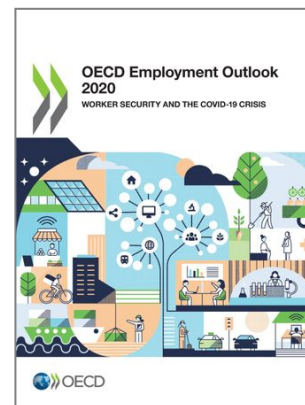


OECD *Multilingual Summaries*
OECD Employment Outlook 2020
Worker Security and the COVID-19 Crisis

Summary in German



Die komplette Publikation finden Sie unter: [10.1787/1686c758-en](https://doi.org/10.1787/1686c758-en)

OECD-Beschäftigungsausblick 2020
Beschäftigungssicherheit und die COVID-19-Krise

Zusammenfassung in Deutsch

© OECD

Diese Zusammenfassung ist keine offizielle OECD-Übersetzung.

Die Verwendung dieser Arbeiten, sei es in digitaler oder gedruckter Form, unterliegt den Nutzungsbedingungen unter: <http://www.oecd.org/termsandconditions>.

Zusammenfassungen in Drittsprachen enthalten auszugsweise Übersetzungen von OECD-Publikationen, deren Originalfassungen in englischer und französischer Sprache veröffentlicht wurden.



Disclaimers: <http://oe.cd/disclaimer>

Zusammenfassung

Die Welt hat mit einer der schwersten Gesundheits- und Wirtschaftskrisen seit 100 Jahren zu kämpfen

Die schlimmste Pandemie seit 100 Jahren hat eine der schwersten Wirtschaftskrisen seit der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre ausgelöst. Viele Länder reagierten mit strengen Eindämmungsmaßnahmen. Das hat die Verbreitung des Virus verlangsamt und damit den Kollaps der Gesundheitssysteme verhindert und die Zahl der Todesopfer begrenzt. Die Kombination aus großer Unsicherheit, Angst vor Ansteckung und Einschränkungen aufgrund der „Lockdown“-Maßnahmen führte allerdings auch zu einem abrupten und massiven Rückgang der Wirtschaftstätigkeit. In den ersten Monaten der Krise ist in vielen Ländern die Zahl der Neuanträge auf Arbeitslosengeld in die Höhe geschossen. Prognosen zufolge wird die Arbeitslosenquote in den OECD-Ländern deutlich höher steigen als zum Höhepunkt der globalen Finanzkrise. Das hinterlässt tiefe Spuren auf dem Arbeitsmarkt: trotz des massiven Einsatzes von Telearbeit ist in allen Ländern die tatsächliche Beschäftigtenzahl eingebrochen, denn die Unternehmen haben Neueinstellungen auf Eis gelegt. Zusätzlich halten sie einen beträchtlichen Teil ihrer Beschäftigten durch Kurzarbeit oder andere staatlich subventionierte Programme zum Erhalt von Arbeitsplätzen in einer Art Warteposition. Aus den verfügbaren Daten geht außerdem hervor, dass die Krise sozial schwächere Gruppen – Geringqualifizierte, junge Menschen und Migrant*innen – aber auch Frauen am stärksten getroffen hat.

Das Ausmaß der arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Krisenantworten ist historisch beispiellos

Die OECD-Länder haben massive Maßnahmen ergriffen, um den Zugang zu Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und zu Transferleistungen für Arbeitslose zu erleichtern und zu erweitern; außerdem haben sie Programme zum Erhalt von Arbeitsplätzen aufgelegt, wie etwa Kurzarbeit. In vielen Ländern wurde das in beispiellosem Umfang in Anspruch genommen. Diese Maßnahmen zielen auf Schadensbegrenzung: sie unterstützen Arbeitnehmer*innen und Unternehmen, erhalten rentable Aktivitäten und Kompetenzen und bereiten die Erholung der Wirtschaft vor. Viele Länder haben zudem für Berufe, bei denen eine physische Anwesenheit am Arbeitsplatz nicht erforderlich ist, die Umstellung auf Telearbeit erleichtert. Wenn die Wirtschaft wieder anläuft, müssen der Gesundheitsschutz für Beschäftigte, eine angemessene Unterstützung bei Einkommensausfällen und Beschäftigungsförderung Priorität haben, denn die Krise wird möglicherweise noch andauern. Sobald die Wirtschaftstätigkeit wieder stärker anzieht, muss die Politik das richtige Gleichgewicht finden zwischen weiterer Unterstützung der durch fortbestehende Einschränkungen betroffenen Beschäftigten, Haushalte und Unternehmen und der Förderung wirtschaftlicher Aktivität. Dabei muss sie auch notwendige Umstrukturierungen ermöglichen.

Leistungsbezugsregeln bei Arbeitslosigkeit müssen der Situation von Personen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen Rechnung tragen

Arbeitslosenunterstützung gehört zu den zentralen Instrumenten zum Schutz gegen Verdienstaufschlag bei Arbeitsplatzverlust. Einige Arbeitnehmer*innen erfüllen jedoch nicht die Kriterien für eine angemessene Unterstützung. Die Inanspruchnahme unterliegt normalerweise für alle abhängig Beschäftigten denselben Regeln. Doch Bedingungen bezüglich der Mindestbeschäftigungsdauer oder des Mindestverdienstes vor dem Eintreten der Arbeitslosigkeit sind für Teilzeitkräfte oft sehr viel schwerer zu erfüllen. Ähnliches gilt für Personen, die häufiger zwischen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit wechseln. Daher besteht für Arbeitnehmer*innen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen vielfach ein höheres Armutsrisiko. Korrekturen zur Sicherung adäquater Leistungsansprüche für alle mögen nicht einfach sein, doch es gibt verschiedene Politikoptionen, die ein gutes Gleichgewicht zwischen Beschäftigungsanreizen und Einkommenssicherheit auch für Arbeitnehmer*innen in atypischer Beschäftigung ermöglichen.

Kündigungsschutz ist zentral für die Beschäftigungssicherheit

Rechtsvorschriften für Entlassungen und Einstellungen beeinflussen Beschäftigungssicherheit, berufliche Laufbahnen und das Wohlergehen von Arbeitnehmer*innen. Sie bestimmen, in welchem Umfang Unternehmen den sozialen Kosten von Entlassungen Rechnung tragen und wie sie auf Technologie- und Nachfrageschocks reagieren. Die OECD hat ihren detaillierten Kündigungsschutzindikator aktualisiert und verbessert. Ländervergleiche veranschaulichen die Unterschiede zwischen verschiedenen Systemen. So gelten beispielsweise in englischsprachigen Ländern weniger Beschränkungen hinsichtlich Entlassungen als in vielen Ländern der Europäischen Union. Dadurch sind Arbeitnehmer*innen in englischsprachigen Ländern einem höheren Beschäftigungsrisiko ausgesetzt. Andererseits: wenn sie arbeitslos geworden sind, haben sie dort auch bessere Chancen, eine neue Stelle zu finden. Um die Zweiteilung und Segmentierung des Arbeitsmarkts zu begrenzen, gelten in Ländern, die hohen Kündigungsschutz für unbefristete Beschäftigungsverhältnisse bieten, normalerweise strenge Vorschriften für Einstellungen auf Zeitverträgen. Etliche Länder mit hohem Kündigungsschutz lockern diesen im Ergebnis, indem sie auch bei einvernehmlicher Auflösung des Arbeitsverhältnisses Anspruch auf Arbeitslosengeld gewähren. Desgleichen erhöhen vorab erforderliche Genehmigungen zwar die Hürden für Entlassungen. Gleichzeitig lassen sich damit aber auch spätere Streitigkeiten vermeiden.

Jüngere Personen ergreifen seltener Berufe, die mittlere Kompetenzen erfordern – das führt zu einer Polarisierung des Arbeitsmarktes

Im Gegensatz zur landläufigen Wahrnehmung ist der Rückgang des Anteils der Beschäftigung im mittleren Qualifikationssegment vor allem dadurch bedingt, dass weniger junge Personen solche Stellen ergreifen. Arbeitnehmer*innen in der Mitte ihrer Laufbahn, die solche Stellen verlieren oder aufgeben, tragen in weitaus geringerem Maße zu diesem Trend bei. Seit den 1990er Jahren ergreifen Jahrgänge, die neu in den Arbeitsmarkt kommen, immer seltener Berufe mit mittlerem Qualifikationsniveau – z.B. als Lastwagenfahrer und Maschinenarbeiter bei Männern, oder als Kassiererinnen und Sekretärinnen bei Frauen. Hingegen hat sich die berufliche Laufbahn von älteren Jahrgängen nach ihrem Eintritt in den Arbeitsmarkt nicht wesentlich verändert. Diese Trends beruhen zum Teil auf Veränderungen im Bildungsniveau und der demographischen Struktur jüngerer Berufseinsteiger*innen, unter denen sich heute mehr Frauen finden als früher. Personen mit mittlerem Kompetenzniveau ergreifen heutzutage in vielen Ländern eher Berufe, die niedrige Kompetenzen erfordern. Diese Tendenz ist stark ausgeprägt bei Arbeitnehmer*innen mit mittleren Bildungsabschlüssen.

Berufsbildungsabsolventen starten oft stark in den Beruf, doch später können Herausforderungen auf sie zukommen

Berufliche Bildung bereitet Absolvent*innen meistens auf Stellen mit mittlerem Qualifikationsniveau vor, die strukturellen Veränderungen und einem bedeutenden Automatisierungsrisiko ausgesetzt sind. Trotz dieser Herausforderungen haben Berufsbildungsabsolvent*innen in den ersten Jahren nach ihrem Abschluss in der Regel höhere Beschäftigungsquoten und bessere Arbeitsbedingungen als Gleichaltrige mit allgemeinbildenden Abschlüssen. Die Berufsbildungssysteme müssen sich aber an den raschen Anstieg der Nachfrage nach höheren Kompetenzen anpassen, damit sich ein Berufsbildungsabschluss auch im raschen Wandel der Arbeitswelt weiterhin positiv auf die Arbeitsmarktergebnisse auswirkt. Hier ist eine enge Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern von entscheidender Bedeutung, ebenso wie Investitionen in vielfältig einsetzbare „transversale“ Kompetenzen in der beruflichen Bildung. Auch die Entwicklung reibungsloser Übergänge zwischen der Berufsbildung auf mittlerer Qualifikationsebene und der Hochschulbildung ist von entscheidender Bedeutung.